

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis.....	XVII
Kapitel I Einleitung.....	1
A. Einführung und Problemstellung.....	1
B. Gang der Untersuchung.....	4
Kapitel II Das Vorabentscheidungsverfahren und die nationalen Instanzgerichte im europäischen Rechtsschutzsystem.....	7
A. Die mitgliedstaatlichen „Instanzgerichte“ im Gefüge des europäischen Rechtsschutzsystems	7
B. Bedeutung des Vorabentscheidungsverfahrens im europäischen Rechtsschutzsystem	9
I. „Schlüsselement“ europäischen Rechtsschutzes	10
II. Ausgestaltung als indirektes Verfahren	11
III. Rechtstatsächliche Bedeutung	12
IV. Zusammenfassung.....	15
C. Voraussetzungen und Ablauf eines Vorabentscheidungsverfahrens	15
I. Rechtsstreit vor einem Gericht eines Mitgliedstaates.....	16
II. Eröffnung des Anwendungsbereiches des Vorabentscheidungsverfahrens	17
III. Instanzgerichtliche Entscheidung über Erforderlichkeit der Einholung einer Vorabentscheidung.....	18
IV. Aussetzung des Ausgangsverfahrens und Vorlage von Amts wegen	19
V. Ablauf des Vorabentscheidungsverfahrens	22
1. Inhalt der Vorlage	22
2. Schriftliches Verfahren	23
3. Mündliches Verfahren	24
4. Stellungnahme zur Bedeutung der (begrenzten) Beteiligungsrechte der Parteien des Ausgangsrechtsstreites	26
VI. Entscheidung des Gerichtshofes	28
1. Entscheidung durch Urteil	28

2. Entscheidung durch Beschluss nach Art. 99 VerfO EuGH	28
a. Übernahme der Kriterien der <i>CILFIT</i> -Rechtsprechung	29
b. Inhalt der Vorabentscheidung durch Beschluss	31
3. Besondere Verfahrensarten – Eilvorabentscheidungsverfahren, beschleunigtes Verfahren und Vorlageersuchen bei Inhaftierung.....	31
VII. Fortsetzung des Ausgangsverfahrens nach Antwort des EuGH.....	32
VIII. Zusammenfassung.....	33
D. Funktionen des Vorabentscheidungsverfahrens im europäischen Rechtsschutzsystem	34
I. Wahrung der europäischen Rechtseinheit.....	34
II. Institutionelle Basis eines europäischen Rechtsdiskurses	36
III. Rechtsfortbildung.....	38
IV. Individualrechtsschutz	39
1. Inzidenter Individualrechtsschutz durch die Vorlage unionsrechtswidriger Akte	40
2. Konkretisierung subjektiver Ansprüche	42
V. Dezentrale Kontrolle der Durchsetzung des Unionsrechts	43
E. Zwischenergebnis	44
Kapitel III Der dogmatische Anknüpfungspunkt des Vorlageermessens und dessen höchstrichterliche Modifizierungen	47
A. Das Vorlageermessen der Instanzgerichte	47
I. Dogmatischer Anknüpfungspunkt in Art. 267 Abs. 2 AEUV	47
II. Anlehnung einer Vorlageermessenslehre an die terminologischen Differenzierungen im deutschen Recht.....	48
III. Voraussetzungen des instanzgerichtlichen Vorlageermessens.....	50
1. Das „pflichtgemäße“ Vorlageermessen als Ausgangspunkt.....	50
2. Entstehen von Ermessen auf Rechtsfolgenebene.....	51
3. Herausforderungen für die Instanzgerichte und die Parteien in der Praxis.....	53
IV. Konkrete Ermessenskategorien für das Vorlageermessen.....	55
1. Vorlageermessensreduzierung auf Null – die Vorlagepflicht	55
2. Intendiertes Vorlageermessen – das Regel-Ausnahmeverhältnis.....	56

3. Weitere Kategorie des „pflichtgemäßen“ Ermessens	57
V. Zusammenfassung.....	57
B. Richterrechtlich entwickelte Vorlagepflichten der Instanzgerichte.....	58
I. Vorlagepflicht bei Zweifeln an der Gültigkeit eines Unionsrechtsaktes	59
1. Das Urteil <i>Foto-Frost</i> und die Begründung der Vorlagepflicht	59
2. Reaktionen auf das Urteil <i>Foto-Frost</i>	62
a. Akzeptanz in der Literatur	62
b. Kritik von Generalanwalt Colomer in der Rs. Gaston-Schul	63
c. Reaktion des EuGH auf die Kritik	64
3. Stellungnahme.....	65
a. Vorlagepflicht logische Folge des Verwerfungsmonopols.....	65
b. <i>Foto-Frost</i> -Vorlagepflicht als „Vorlageermessensreduzierung auf Null“	66
II. Vorlagepflicht zur Ermittlung des Umsetzungsspielraumes des nationalen Gesetzgebers.....	67
1. Umsetzungsspielräume in der Praxis vielfach unklar.....	68
2. Verdichtung zur Vorlagepflicht	69
3. Stellungnahme.....	70
III. Zusammenfassung.....	72
C. Zwischenergebnis	74
Kapitel IV Ausgewählte Kriterien für die instanzgerichtliche Vorlage an den EuGH	77
A. Abweichung von EuGH-Rechtsprechung	78
I. Bindungswirkung von EuGH-Urteilen	78
1. Bindung an höchstrichterliche Urteile im deutschen Rechtskreis	79
a. Das grundgesetzliche Postulat der Gesetzesbindung	79
b. Die Ausnahmegvorschrift des § 31 BVerfGG und das Zusammenspiel mit Art. 100 Abs. 3 GG	81
c. Zusammenfassung.....	83
2. Untersuchung der Bindungswirkung von Auslegungsurteilen des EuGH	84

a. Wirkung von Ungültigkeitsurteilen als Ausgangspunkt	84
b. Ansichten der Literatur zur Bindungswirkung von Auslegungsurteilen	87
aa. Terminologische Klarstellung	87
bb. Aktuelle Ansichten zur Bindungswirkung	88
c. Dogmatische Begründbarkeit einer Bindungswirkung sui generis von Auslegungsurteilen des EuGH	90
aa. Art. 19 Abs. 1 EUV	91
bb. Art. 4 Abs. 3 EUV und die Loyalitätsverpflichtung der Mitgliedstaaten	93
cc. Art. 267 AEUV	94
dd. Übertragung der Erwägungen zum Verwerfungsmonopol des EuGH	95
(1) Folgen von Auslegungsdifferenzen für die Rechtseinheit.....	96
(a) Auslegungsurteil <i>Faber</i> als Positivbeispiel	96
(b) Stiller Widerstand des AG Nürtingen als Negativbeispiel	97
(c) Rechtseinheit auch bei Auslegungsentscheidungen berührt	98
(2) Kohärenz des Rechtsschutzsystems und die Auslegung des Unionsrechts	99
(3) Zusammenfassung	101
ee. Bindung aufgrund des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts	101
(1) Herleitung durch EuGH und BVerfG	101
(2) Eignung als Grundlage einer Bindungswirkung?	102
(3) Zusammenfassung	104
ff. Stellungnahme	105
(1) Bindungswirkung in einer Linie mit der dynamischen Rechtsprechung des Gerichtshofes	105
(2) Die Loyalitätsverpflichtung als konkretisierungsbedürftige Basis einer Bindung <i>sui generis</i>	109

d. Zusammenfassung.....	110
II. Bedeutung für das Vorlageermessen der Instanzgerichte.....	111
1. Übertragung der Auslegung auf den anhängigen Rechtsstreit	111
2. Ermessensreduktion auf Null bei Abweichung	113
a. Die Regel: Zugrundelegung des <i>acte-éclairé</i> ohne Neuvorlage	113
b. Die Ausnahme: Abweichung – unter der Bedingung der erneuten Vorlage	114
c. Absehen von einer eigenen Vorlage bei Parallelvorlagen?	116
III. Zusammenfassung.....	118
B. Antizipierbarkeit der letztinstanzlichen Vorlagepflicht	120
I. Die Antizipation der Vorlagepflicht	121
1. Rechtsmittelfähigkeit der Rechtsfrage als Ausgangspunkt	121
2. Orientierung an der (voraussichtlichen) Vorlagepflicht	122
3. Prozessökonomische Aspekte der Antizipation der Vorlagepflicht	123
a. Prozessökonomischer Nutzen der frühzeitigen Vorlage.....	124
b. Vergleichbarkeit mit der Sprungrevision bei Übereinstimmung der Parteien	125
c. Frühzeitige Auflösung von Rechtsprechungsdifferenzen	127
4. Zusammenfassung.....	128
II. Bedeutung für das Vorlageermessen der Instanzgerichte.....	130
1. Voraussichtlicher Verstoß gegen Willkürverbot: Ermessensreduzierung auf Null	130
2. Voraussichtliche Vorlagepflicht nach CILFIT-Kriterien: Intendiertes Vorlageermessen	131
III. Zusammenfassung.....	132
C. Individualrechtsschützende Fragen zur EU-Grundrechtecharta	134
I. Effektiver Grundrechtsschutz über das instanzgerichtliche Vorlageersuchen.....	135
1. Die Einführung der Grundrechtecharta.....	135
2. Charta-Durchsetzung durch das Vorabentscheidungsverfahren.....	136

a.	Anwendungsbereich nach Art. 51 Abs. 1 EUGrCh	137
b.	Bedeutung für die Rechtsprechungstätigkeit der Instanzgerichte	138
aa.	Überprüfung von Vollzugsakten.....	139
bb.	Überprüfung europäisch determinierter Vorschriften	140
3.	Grundrechtliche Lückenfüllungsfunktion durch die Instanzgerichte	141
II.	Bedeutung für das Vorlageermessen der Instanzgerichte.....	144
III.	Zusammenfassung.....	145
D.	Eilrechtsschutz im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens	146
I.	Schneller Rechtsschutz im Vorabentscheidungsverfahren – auf Antrag des Vorlagegerichts	148
1.	Antragsabhängige „schnellere“ Vorabentscheidungsverfahren	149
a.	Das beschleunigte Verfahren	150
b.	Das Eilvorabentscheidungsverfahren.....	153
c.	Stellungnahme.....	156
2.	Beantragung der beschleunigten Bearbeitung durch das vorlegende Gericht.....	157
3.	Argumente für eine frühzeitige Vorlage	159
4.	Zusammenfassung.....	162
II.	Bedeutung für das Vorlageermessen	163
III.	Zusammenfassung.....	164
E.	Zwischenergebnis	166
I.	Abweichung von EuGH-Rechtsprechung.....	166
II.	Antizipierbarkeit der Vorlagepflicht.....	167
III.	Potentielle Verletzung von Unionsgrundrechten	168
IV.	Anwendbarkeit der Eilrechtsschutzverfahren	169
Kapitel V	Praktische Implementierung der Kriterien.....	171
A.	Berücksichtigung der Kriterien bei der instanzgerichtlichen Vorlageentscheidung	172
I.	Aussetzung des Verfahrens auf erster Stufe als Voraussetzung für die Vorlage	172

II. Vorlageermessen auf zweiter Stufe	174
III. Überlegungen zum prozessualen Vorgehen der Instanzgerichte	175
1. Tatsächliche Prüfung der potentiellen Vorlage unionsrechtlicher Rechtsfragen.....	175
2. Entscheidung durch Kammer oder Senat.....	176
3. Einbeziehung der Parteien im Vorfeld der Vorlage	177
4. Aktive Beteiligung am Rechtsdiskurs durch das Vorlagegericht ...	177
IV. Zusammenfassung.....	178
B. Implementierung bei der Parteianregung zur frühzeitigen Vorlage.....	179
I. Bedeutung der Sachverhaltsaufklärung	180
II. Klarer Aufbau und Erläuterung der Eröffnung des Vorlageermessens	180
III. Begründung der dogmatischen Gründe für eine instanzgerichtliche Vorlage	182
Kapitel VI Ausblick und Effektivierungsvorschläge.....	185
A. Ausblick.....	185
B. Effektivierungsvorschläge.....	186
I. Auf Unionsebene.....	187
1. Entscheidungsgründe umfangreich begründen.....	187
2. Einführung von Vorlagefachgerichten nach Art. 256 Abs. 3 AEUV	187
II. Auf nationaler Ebene	188
1. Bindungswirkung von Auslegungsentscheidungen anerkennen – oder dem EuGH zur Entscheidung vorlegen	188
2. Anwendung der <i>green-light procedure</i>	189
Kapitel VII Zusammenfassung der Ergebnisse.....	191